



Interviews

Datum: 07. März 2023

Friedrich Merz im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Harmonie und gemeinsame Linien, aber keine Lösungen bei den offenen Streitpunkten in der Ampel. Darüber reden wir jetzt mit dem Oppositionsführer, dem Vorsitzenden der CDU und dem Fraktionschef der Union im Bundestag. Guten Morgen, Friedrich Merz.

Friedrich Merz: Guten Morgen, Herr May.

May: Olaf Scholz will keinem Koalitionspartner weh tun. Wem hätten Sie den Schneeball auf die Nase geworfen?

Merz: Eine solche Kabinettsklausur gibt ja Gelegenheit, einmal auch über ein oder zwei große Themen zu sprechen und auch zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Ich finde, das was da gestern in dieser Pressekonferenz gesagt worden ist, das sind doch Kindereien, statt mal über ein Thema zu sprechen, wo sich die Koalition geeinigt hat, und stattdessen betont der FDP-Vorsitzende, dem Verbot vom Verbrennermotor würde er unverändert widersprechen. Es gibt offensichtlich kein Thema, über das ernsthaft gesprochen wurde, und keine Lösung eines einzigen Streitpunkts dieser Koalition.

May: Welches wäre denn jetzt der wichtigste Streitpunkt, der zu lösen wäre?

Merz: Im Grunde, Herr May, hat die Bundesregierung den entscheidenden Fehler im letzten Jahr gemacht, ziemlich genau um diese Zeit, als sie nämlich beschlossen haben, diese sogenannte Zeitenwende, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung beschrieben hat, ausschließlich auf den Krieg in der Ukraine zu beziehen, alle Folgen mit neuen Schulden zu finanzieren und alles andere so zu lassen, wie im Koalitionsvertrag ein halbes Jahr vorher vereinbart. Zeitenwende hätte auch alle Pri-

oritäten der Bundesregierung umfassen müssen. Im Grunde hätte die Bundesregierung im letzten Jahr um diese Zeit sagen müssen, wir legen den Koalitionsvertrag auf die Seite und ordnen jetzt unsere Prioritäten neu. Stattdessen 100 Milliarden Schulden für die Bundeswehr, 200 Milliarden neue Schulden ...

May: Denen Sie aber zugestimmt haben, den 100 Milliarden Schulden für die Bundeswehr.

Merz: Ja, dem haben wir aus Überzeugung zugestimmt. Aber ich habe schon in der Aussprache darüber gesagt, es kann nicht sein, dass die Bundeswehr mit Schulden neu finanziert wird, der „Doppel-Wumms“ - auch so eine infantile Sprache - mit 200 Milliarden neuen Schulden finanziert wird und alles andere bleibt wie es vorher war. Die Prioritäten hätten neu geordnet werden müssen und da stößt die Bundesregierung jetzt an die selbstgesetzten Grenzen.

May: Aber war, um das jetzt mal aufzugreifen, weil Sie es auch gesagt haben, dieser sogenannte Doppel-Wumms denn falsch? Es scheint vor allen Dingen, dass dieses Geld gar nicht gebraucht wird. Aber es hat seinen Zweck insofern erfüllt, dass es erst mal für eine gewisse Beruhigung gesorgt hat.

Merz: Das ist richtig. Deswegen haben wir ja auch im Grundsatz gesagt, man muss etwas tun, um den Menschen zu helfen in dieser schwierigen Lage der Energieverknappung und der starken Preissteigerungen. Aber alles nur über zusätzliche neue Schulden zu finanzieren und gleichzeitig an keinem Projekt der Bundesregierung etwas zu ändern, zu korrigieren, das ist der entscheidende Fehler gewesen, und jetzt stößt die Bundesregierung an erhebliche Grenzen der Finanzierbarkeit ihrer eigenen Vorhaben. Noch nicht einmal über die Haushaltszahlen haben sie sich verständigt und die sollen in einer Woche vorgelegt werden. Die Bundesregierung fährt hier schon einen ziemlich schlingernden Kurs. Eine Bundesregierung, die sich streitet und dann kein einziges Thema wirklich löst, dafür waren die anderthalb Tage offensichtlich nicht ausreichend.

May: Jetzt muss man aber fairerweise sagen, dass die Aufgaben, die die Ampel in dieser Situation, in dieser völlig veränderten Weltlage leisten muss, gigantisch sind.

Da gibt es auch noch diesen Reformstau nach 16 Jahren unionsgeführter Bundesregierung und es wurde auch durchaus schon einiges geschafft. Finden Sie nicht?

Merz: Ja, das sind die Argumente, die wir von der Bundesregierung fast wortgleich genauso hören. Im Zweifel greift man ...

May: Muss ja nicht falsch sein.

Merz: Nein! Ich sage ja nur, es sind dieselben Worte, die wir von der Bundesregierung immer wieder hören, aber irgendwann nutzt sich dieses Argument, das seien nun alles die Altlasten von 16 Jahren, an denen übrigens die SPD zwölf Jahre beteiligt war, und in den letzten 24 Jahren war die SPD in der Regierung. Das kann nun nicht alles die Union gewesen sein, was da an Reformstau in den letzten Jahren entstanden ist, und die Probleme, die wir heute haben, muss die Bundesregierung lösen. Konstruktiver als wir kann die Opposition doch kaum noch sein. Wir machen ja sehr konkrete Vorschläge. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Wir haben in der letzten Woche vorgeschlagen, die ganzen Einwanderungsverfahren, die wir in den Arbeitsmarkt brauchen, herauszulösen aus den Asylverfahren und dies komplett digital zu machen. Die Bundesregierung hat sich offensichtlich über die Digitalstrategie unterhalten, wenigstens dies am letzten Wochenende, aber warum nimmt sie dann den Vorschlag nicht auf und sagt, wir machen das, was die Opposition vorgeschlagen hat, das ist ein guter Vorschlag, raus aus dem Verfahren, rein in ein völlig neues Verfahren und dies vom ersten Tag an digital. Das sind doch Themen, die auch losgelöst von ihrer Finanzierung eigentlich entschieden werden könnten.

May: Aber vielleicht liegt das daran, dass die Bundesregierung genau das Gegenteil möchte, nämlich die Einwanderung und die Asylverfahren nicht voneinander trennen.

Merz: Wenn sie das will, dann wird es bei diesem Chaos bleiben. Das kann sie ja dann auch tun. Aber dann trägt die Bundesregierung dafür die Verantwortung und nicht die letzten 16 Jahre.

May: Okay! – Kommen wir mal wieder zum konstruktiven Punkt. Man kann beispielsweise mal den von Ihnen viel kritisierten Wirtschaftsminister Robert Habeck nehmen. Da hat ohne Frage nicht alles geklappt, siehe Gasumlage, aber es wurde ohne Frage gearbeitet und jetzt steht da eine weitgehende Energieunabhängigkeit von Russland, ohne Wutwinter, aber mit LNG-Terminals, mit moderat höheren Gaspreisen. Da kann man ja auch mal sagen: Gut gemacht?

Merz: Ja, das tun wir auch. Wir haben das ja auch mit den LNG-Terminals immer unterstützt. Übrigens wenn Sie schon in die Vergangenheit schauen, Herr May: Die LNG-Terminals waren immer ein Thema, das die Union befürwortet hat, und das ist am Widerstand der Grünen in Niedersachsen über Jahre gescheitert. Gut, wenn es jetzt anders gemacht wird. Das ist sicherlich eine der möglichen und denkbaren Antworten auf die großen Fragen, die uns in der Energiepolitik noch bevorstehen. Der Ausbau der Windenergie, der Ausbau der Photovoltaik wird von uns ja nicht blockiert. Im Gegenteil, der wird befürwortet. Aber der Bundeskanzler hat die Devise ausgegeben, vier Windräder am Tag für die nächsten Jahre. Ich sehe diese Entscheidungen nicht. Die Prozesse dauern zu lange, die Digitalisierung kommt nicht voran. Da muss die Bundesregierung noch eine Menge arbeiten, damit die Energieversorgung dieses Landes auf Dauer gesichert bleibt.

May: Die Digitalisierung kommt nicht voran. Das sagen Sie jetzt so leicht. Die Digitalisierung wurde im Jahr 2010, ich muss es noch mal sagen, zur Chefsache gemacht von einer Unions-Bundeskanzlerin, und wir stehen jetzt da wo wir stehen.

Merz: Ja, das ist richtig, Herr May. Aber dieser Chef heißt seit November 2021 Olaf Scholz. Das sind jetzt anderthalb Jahre oder knapp anderthalb Jahre und in anderthalb Jahren sehen wir in der Digitalisierung keine Fortschritte. Die Verantwortung liegt jetzt bei dieser Bundesregierung und nicht mehr bei einer früheren.

May: Okay. – Schauen wir auf eine andere Reform, die die Ampel jetzt zügig hinkriegt, die die Union in 16 Jahren, aller Absichtserklärungen zum Trotz, nicht geschafft hat: Die Verkleinerung des XXL-Bundestages mit derzeit 736 Abgeordneten auf eine Sollgröße von 598 soll nächste Woche durch den Bundestag. Was sagt der Oppositionsführer?

Merz: Der Oppositionsführer sagt dazu, dass es schon seit vielen Jahren Bemühungen gibt, den Bundestag zu verkleinern, und dies nun weiß Gott nicht alleine an der Union gescheitert ist. Richtig ist, dass wir ein neues Wahlrecht brauchen, damit der Bundestag kleiner wird. Wir haben sehr konkrete Vorschläge gemacht, wie man das machen kann. Das Problem ist, dass die Koalition sich jetzt auf ein sogenanntes Kappungsmodell geeinigt hat. Das heißt, wer in Zukunft einen Wahlkreis gewinnt, kann noch nicht sicher sein, wirklich dem Deutschen Bundestag anzugehören, weil es eine sogenannte Zweitstimmendeckung dafür braucht. Das heißt, gewonnene Wahlkreise sind noch keine gewonnenen Mandate im Deutschen Bundestag, und das ist ein Problem und über das müssen wir reden.

May: Die CSU, Ihre Schwesterpartei, spricht von organisierter Wahlfälschung, die an einen Schurkenstaat erinnere. Machen Sie sich das zu eigen?

Merz: Ich mache mir diesen Sprachgebrauch nicht zu eigen, aber ich mache mir die Kritik zu eigen. Die betrifft im Übrigen nicht nur die CSU, sondern auch andere sind betroffen, zum Beispiel Baden-Württemberg. Wir werden in Zukunft in diesen beiden Bundesländern, ...

May: Ganz kurz! Baden-Württemberg – welche Partei ist das?

Merz: Das ist die CDU, die in Baden-Württemberg mit betroffen ist. Es ist aber auch die SPD betroffen in einigen Ländern, nicht ganz ... *[Verbindungs-Unterbrechung]* ... Es wird so sein, dass gewonnene Wahlkreise nicht zu einem Mandat im Deutschen Bundestag führen, und das löst erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken aus. Wir sind hier noch nicht am Ziel einer gemeinsamen Lösung.

May: Okay. – Die CSU hat schon gesagt, sie geht bis nach Karlsruhe, sie möchte vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Sind Sie dabei?

Merz: Die Entscheidung, die treffen wir nicht vor einem Gesetzgebungsverfahren, sondern frühestens dann, wenn es abgeschlossen wird. Wir müssen sehen, ich bin unverändert bereit, mit der Koalition hier auch nach Lösungen zu suchen. Wenn die

Koalition allerdings mit dem Kopf durch die Wand will, dann stehen sicherlich hier auch verfassungsrechtliche Fragen auf der Tagesordnung.

May: Mit anderen Worten: Wenn dieses Gesetz so kommt, dann klagen Sie mit der CSU?

Merz: Ich möchte, dass die Auseinandersetzung nicht nur zu diesem Thema, auch zu anderen Themen nicht in Karlsruhe ausgetragen wird beim Bundesverfassungsgericht, sondern im Parlament im Deutschen Bundestag in Berlin. Da gehört das Thema hin und da sollten wir versuchen, auch eine gemeinsame Entscheidung zu finden.

May: Herr Merz, Sie haben am Anfang unseres Gespräches gesagt, im Prinzip hätte die Ampel-Regierung den Koalitionsvertrag bei Seite legen müssen mit Beginn des russischen Angriffskrieges, mit der Zeitenwende, und zur Kenntnis nehmen müssen, dass viele Projekte nicht mehr zu finanzieren sind. Welches Projekt würden Sie denn als erstes auf Eis legen, wenn Sie Bundeskanzler wären?

Merz: Herr May, Sie werden mich auch mit mehrfachen Versuchen nicht dazu bringen, jetzt in Ihrer Sendung konkrete Projekte zu benennen, die man hätte streichen können, sondern das ist ja ein Gesamtbild, das dort dann auch gezeichnet werden muss. Dann muss man mal einen Kassensturz machen und sagen, welche Mittel stehen zur Verfügung. Dann muss man Prioritäten setzen und das kann nicht einer allein, das muss dann eine Koalition tun, das müssen zwei oder wie jetzt in dieser Koalition drei Koalitionspartner miteinander vereinbaren, und das ist dann auch eine Führungsaufgabe des Bundeskanzlers, dies zu tun. Deswegen werde ich jetzt hier nicht einzelne Themen herausnehmen und sagen, dort und dort und dort hätte man vielleicht sparen können, sondern das ist ein Gesamtbild, das eine Koalition zeichnen muss, und das Gesamtbild dieser Koalition ist, wir machen für alle Probleme, die wir zusätzlich haben, neue Schulden und den Rest ... *[Verbindungs-Unterbrechung]*

May: Und den Rest haben wir nicht mehr gehört.

Merz: ... Das ist die falsche Priorität.

May: Etwas wacklige Telefonleitung am Ende, aber wir haben, glaube ich, den Kern Ihrer Aussage verstanden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.